

















verband sind. Die Arbeiter haben ferner Stellung zu nehmen, ob sie weiter es dulden wollen, daß die Unternehmer Arbeiter zur Heuchelei erziehen. Hier muß keine Sache gemacht werden. Lieber in Ehren unterliegen, wenn der Sieg nicht an die Fahne gehisst werden kann. Es müßte Listen angefertigt werden, damit Massenunterschriften gesammelt werden können, wo die Arbeiter ihren Austritt aus dem Streikbrecherverband erklären. Dieses Verfahren würde geeignet sein, die ganze Situation zu beenden. Entweder für oder wider den Streikbrecherverband. Das muß die Parole sein. Das Band der Einigkeit, der Solidarität muß immer festgelegt werden, dann werden die Arbeiter das Recht auf ihrer Seite haben und auch triumphieren über den Terrorismus der Arbeitgeber. (Debater Beifall). Die Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft. Kleist, von der lokalen Richtung, meint, der Referent habe die lokalorganisierten Maurer mit denen im Streikbrecherverband in einen Topf geworfen; dagegen müsse er protestieren. In seinem Schlusshörte betont Tröse, daß er verpflichtet gewesen sei, alles vorzubringen, was zur Verbesserung der Lage der Arbeiter geschehen könne, und es sei bedauerlich, daß die lokalorganisierten Maurer noch immer an dem Formalismus festhalten. Das müsse er aussprechen. Redner empfahl dann folgende Resolution: "Die heutige tagende Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhülfearbeiter Königsbergs spricht gegenüber dem Verfahren der Unternehmerorganisation, welche den Arbeitern die Zugehörigkeit zur Streikbrechervereinigung aufzuwirkt, ihre tiefe Entrüstung aus. Dieser Zwang einer nicht zu billigenden Vereinigung beitreten zu müssen, empfiehlt die Versammlung als Terrorismus schmälernden Art. Um sich jedoch dagegen zu wehren, hält die Versammlung einen Massenausstieg aus dieser Vereinigung für erforderlich, und es werden die Leitungen der einzelnen Berufsverbände und des Lokalvereins beauftragt, die hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten. Sollte es infolge des Austritts der Arbeiter und infolge rücksichtslosen Verhaltens der Unternehmer zum offenen Kampfe kommen, dann lehnt die Arbeiterschaft die Verantwortung für kommende Dinge ab und sämtliche Anwesende versprechen, den Kampf zu führen, wie es der Arbeiterschaft würdig ist." Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterschaft schloß Kollege Krieke die imposante Versammlung kurz vor 10 Uhr.

**Leipzig.** Die hiesigen Maurer beschäftigten sich am 20. Mai in einer öffentlichen Versammlung im Volkshause mit der Lohnbewegung der Bauhülfearbeiter. Kollege Bertold gab in kurzen Zügen einen Überblick über die Dauer der Lohnbewegung. Er führte aus, schon im vorigen Jahre bei der Lohnbewegung der Maurer und Zimmerer hätten die Bauhülfearbeiter an den Bauarbeiterverband berechtigte Forderungen gestellt. Aber ein neiner Vorgang in der Bewegung der Bauhülfearbeiter war den Herren Unternehmern Unfall genug, die Forderungen abzulehnen. Um aber die Lohnbewegung in diesem Jahre durchzuführen, verdingten die Bauhülfearbeiter über verschiedene Bauten die Sperrre. Diese Sperrre hatten zur Folge, daß die Lohnung mit einer Aussperrung drohte, schließlich aber zu Unterhandlungen genötigt war. Durch diese Sperrre wurden aber auch von und circa 450 Kollegen in Mittenleidenschaft gezogen. In dieser Bewegung sei aber auch das Verhalten der Polizei zu verurteilen, indem sie sich nicht schauten, Streikbrechendienste zu leisten. In der nachfolgenden Debatte wurde von mehreren Kollegen eine Unterstützung vom ersten Tage ab gewünscht. Ein diesbezüglicher Antrag, Unterstützung vom ersten Tage ab aus Lokalmitteln zu zahlen, wurde, nachdem er von der Verwaltung befürwortet, abgelehnt. Zuletzt wurde von der Verwaltung noch mitgeteilt, daß über 1570 Kollegen den 1. Mai durch Arbeitsscheine gefeiert haben.

**Münchberg i. d. Markt.** Am 4. Juni hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Von 56 Kollegen waren 15 anwesend. Es war wiederum einmal zu sehen, wie groß das Interesse ist, das die Münchberger Kollegen an der Organisation haben. Es wurde über das Mitglied Wilhelm Schmidt verhandelt. Der Kollege soll in Berlin als Aftordnauer gearbeitet haben. Es kam zu einer regen Diskussion, in der beantragt wurde, Schmidt auszuschließen. Schmidt bestreitet, in Aftord gearbeitet zu haben, er gibt aber zu, auf einem Aftordbau gewesen zu sein, will aber nur Tagelohn bekommen haben, und zwar 80,- pro Stunde. Ferner behauptet Schmidt, am 1. Mai der Feier in Berlin beigewohnt zu haben. Schmidt soll sich dies vom Gauvorstand bezeugen lassen.

**Oberhau.** Am 6. Juni fand in Oberhau im Gasthof "Deutsches Haus" eine Bauarbeiterversammlung statt. Genosse Zimmerer Laue-Leipzig referierte über das Thema: "Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bauwesen". Der Referent ging von der Tatsache aus, daß das Bauen in früheren Zeiten den Zweck hatte, den Menschen Unterflurstädte zu schaffen, heute allerdings liege das Bauwesen in kapitalistischen Händen und diene nur dazu, den Bauunternehmern große Reichtümer zu verschaffen. Weiter beobachtete er die Löhne der erzgebirgischen Bauarbeiter, die in keinem Verhältnis stehen zu dem großen Geminn, den die Bauarbeiter einheimischen. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß er allen Anwesenden empfahl, wenn es im Erzgebirge besser werden sollte, dem Beispiel ihrer übrigen Berufskollegen zu folgen und sich ebenfalls zu organisieren. In der Diskussion sprach als erster Redner Kollege Schmidt-Chemnitz. Er ergänzte das Referat noch in einigen Punkten und führte den Bauarbeiter von Oberhau deutlich vor Augen, daß sie sehr wohl einen höheren Lohn gebrauchen könnten, daß aber mit der Erhöhung des Lohnes gleichzeitig eine Verturzung der Arbeitszeit Hand in Hand gehen müsse. Eine verhältnisvolle Arbeitszeit sei für die Bauarbeiter von Oberhau um so notwendiger, da der größte Teil derselben von und zur Arbeitsstätte mitunter einen Weg von einer Stunde und noch mehr zurücklegen müssten, und dadurch, alles in allem gerednet, die Zeit auf 16 bis 17 Stunden steige, während der ein Arbeiter täglich auf den Beinen sein müsse. Daraus sei zu ersehen, daß die meisten Arbeiter eine viel zu kurze Ruhezeit haben; von Erholung könne erst recht gar keine Rede sein. Kollege Schmidt forderte

die Anwesenden ebenfalls auf, sich ihrer Vorwurfsorganisation anzuschließen, wenn sie sich ein besseres Los erringen wollen. Am Schlusser forderte er diejenigen, die schon Mitglieder sind, auf, ihre Verbandszeitung aufmerksam zu lesen, und in die nächste Versammlung alle die mitzubringen, welche heute noch nicht anwesend seien. Sodann sprach Genosse Neidhardt-Oberhau noch einige Worte von den Organisationen der Unternehmer und ermahnte die Anwesenden ebenfalls diesem Beispiel zu folgen. Hierauf wurden je eine Zahlstelle der Maurer und Zimmerer gegründet; die letztere hat erfreulicherweise 57 Mitglieder aufzuweisen. Wir können mit Freuden konstatieren, daß unsere Organisation nun auch in dem oberen fächerischen Erzgebirge fest Fuß faßt. Unseren neuen Mitgliedern rufen wir aber zu: Garet für, daß die nächste Versammlung noch besser befreit wird, und in kürzer Zeit auch die lebte Maurer von Oberhau der Organisation zugeführt wird, damit unsere junge Zahlstelle kräftig emporwächst und zum Segen für die Kollegen wirken kann.

**Penig.** Sonntag, den 4. Juni, fand im Gasthause zu Dittmannsdorf bei Penig eine öffentliche Maurerversammlung statt, in der Kollege Koch aus Leipzig über die Lohnbewegung der Maurer Deutschlands einen Vortrag hält. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf wurde das Verhalten der hiesigen Unternehmer zu den von den Gejellen gestellten Forderungen einer Besprechung unterzogen. Im März waren die Unternehmern die Forderung der Gejellen zugestellt und bis zum 1. April Antwort erbeten worden. Die Unternehmer hielten sich aber in Schweigen und ließen nur durch Anschlag auf den Bauten bekannt geben, daß die Arbeitszeit wie bisher 11 Stunden (gefordert werden 10 Stunden) und der Höchstlohn 34,- (gefordert werden 33,- Minimallohn) betragen sollte. Dieser Unfall der Unternehmer erregte natürlich den höchsten Unwillen der Gejellen. Es wurde beschlossen, eine Statistik über die Zahl der Bauten und die darauf beschäftigten Gejellen aufzunehmen, um einen Überblick über die Verhältnisse zu gewinnen. Den organisierten Kollegen wurde es zur heiligsten Pflicht gemacht, die säumigen und zugereisten Maurer der Organisation zuzuführen, damit die Forderungen bei günstiger Gelegenheit durchgedrückt werden können.

**Plauen i. Vogtl.** Am 6. Juni fand hier eine öffentliche Maurerversammlung statt, die von mehr als 500 Kollegen besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Wie stellen sich die Maurer Plauens an einer Lohnforderung und zur Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit?" ging Kollege Schirich auf den Streit von 1903 ein und wies dabei nach, daß dieser Streit wohl gewonnen worden wäre, wenn nur die Kollegen etwas mehr Wut und Ausdauer befreit hätten. Er wies ferner nach, daß zur Zeit die Bautätigkeit noch ebenso gut sei wie 1903, doch aber die Unternehmer bis jetzt auch nicht 1,- mehr Lohn verwilligt hätten, sondern daß sie den Durchschnittslohn um 3,- pro Stunde gefügt hätten. Dies dürften sich aber die Kollegen unter keinen Umständen gefallen lassen, sondern müsse endlich einmal dazu kommen, unsere alten Forderungen von 45,- Stundenlohn und zehnstündiger Arbeitszeit durchzuführen. Dazu gehöre aber vor allen Dingen, daß die Kollegen mehr Interesse für die Versammlungen zeigen und die Agitation auf den Bauten nachhaltiger betreiben. Nachdem noch einige Kollegen im Sinne des Redners gesprochen hatten, ergriff Kollege Jacob das Wort und ging in längeren Ausführungen auf die Bewegung in Plauen ein. Er wies nach, daß bereits bei dem ersten Streit 1893 der zehnstündentag gefordert wurde, daß aber dieser Streit verloren ging, weil die ausländischen Maurer sich nicht schauten, Streikbrecher zu werden. Genauso war es ja 1903. Als die Unternehmer drohten, die Ausländer, die nicht sofort anfangen zu arbeiten, auszusperren, da ergriffen sie in großer Massen das Hasenpanier. Wir müssen aber, so führte Redner weiter aus, auch von den ausländischen Maurern verlangen, daß auch sie endlich einmal Hand aus Wert legen und für den Ausbau der Organisation arbeiten, damit sie nicht nur immer die gewonnenen Vorteile mit einfleden, sich aber um weiter nichts kümmern. Und gerade in Plauen, wo die böhmischen Maurer in der großen Mehrzahl sind, müßten sie dafür Sorge tragen, daß auch hier bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen würden. Weiter verglich er die Löhne in Leipzig mit denen in Plauen und bewies dabei, daß in Leipzig die Löhne in den letzten 10 Jahren um 15,- gestiegen sind, während dies in Plauen nur um 4,- geschieht ist, trotzdem seien Miete und Steuern sowie Lebensmittelpreise auch nicht höher als in Plauen. Redner rümpfte seine Ausführungen dahin, daß überall da, wo starke Organisationen bestehen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen gute seien; deshalb müsse man auch in Plauen sofort daran gehen, die noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen. Redner beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Im weiteren Verlaufe der Diskussion wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: "Die am 6. Juni tagende öffentliche Maurerversammlung beauftragt die Lohnkommission, an die Unternehmer folgende Forderungen zu stellen: 1. Die Arbeitszeit soll von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt werden. 2. Der Stundenlohn soll auf 45,- erhöht werden. Gleichzeitig sollen die Unternehmer erachtet werden, uns bis 15. Juni Antwort zugeben zu lassen." Im weiteren wurden die Kollegen erzählt, unter keinen Umständen Aftordverträge abzuschließen, weil gerade dadurch die meisten Streitigkeiten unter den Kollegen vorkommen. Nach einem kurzen Schlusshörte des Kollegen Schirich, worten er die Kollegen erneut, von nun an aber mit verdoppelter Kraft für unsere Sache zu arbeiten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer geschlossen.

**Potsdam.** Dienstag, den 6. Juni, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Monatsversammlung ab, die sich hauptsächlich mit der Aftordfrage beschäftigte. Wieder aufgenommen wurden die Kollegen Emil Hammer und Hermann Röger. Bei beiden wurde zum ersten Male die neue Bestimmung des Status über die Bauten angetroffen; R. hat. 12. M. 5,- zu zahlen. – Anfolge der Amtsniederlegung des ersten und zweiten Vorstandes entspann sich eine längere Debatte, die auf die unerfreu-

lichen Ursachen dieser Demission einging und sie auf die leidige Aftordfrage zurückführte. Kollege Heubach rückte ein die beiden Vorstandsmitglieder Richardi und Silberschmidt die Aufforderung, ihr Amt weiter zu verwalten, denn einmal seien ja die urjährlichen Differenzen mit einzelnen Kollegen über die Aftordarbeit beigelegt resp. aufgelöst, zum anderen könne sich der Zweigverein wohl seinen besseren Vorstand als den bisherigen wünschen. Kollege Brinck gab ebenfalls seinem Bedauern über den durch die anstrengende Unterjochung des Bürgens einzelner Kollegen im Tagelohn oder Aftord hervergerufenen Zwischenfallen lebhaftes Ausdruck. Es werde aber kein günstiges Licht auf den hiesigen Zweigverein, wenn dessen Vorstehende mittler in ihrer Amtsführung zurücktreten, das wird demnächst noch innen und außen. In seinen weiteren Ausführungen zog der Redner einen Vergleich zwischen den früheren und den jetzigen Verhältnissen der örtlichen Organisation, die jetzt bedeutend besser daßt als früher. Gabe sich die Mitgliederzahl erfreulicherweise auch sehr vermehrt und sich damit allerdings auch die Verwaltungsarbeiten schwieriger gestaltet, so verweise er die beiden Vorstandskollegen doch auf die schweren Zeiten der vergangenen Jahre, da seineswegs geringere Anforderungen an das Pflichtgefühl und den kollegialen Sympathie der damaligen leitenden Kollegen gestellt hätten als jetzt. Kollege Kernitz wies die einigen älteren Kollegen gemachte Vorhaltungen über ihr früheres Verhalten zur Aftordarbeit zurück. Ebenso stärkte der Vorsitzende die Sachlage auf, wie er sich auch bereit erklärte, die Geschäfte weiter zu führen. Er hoffe aber, daß ihm die seitens einzelner Kollegen nicht unnötig erschwert werde und bitte um die Unterstützung und Mitarbeit aller Kollegen. – Hierauf erhielt das Wort Kollege Köbe zur Begründung des Antrages auf Aufhebung des Verbots der Aftordarbeit. Der vor zwei Jahren gesetzte Beschluß des Zweigvereins, durch den das Aftordsystem, speziell das der Puzer, verboten worden sei, habe dem Betrieb fortwährend Schwierigkeiten verursacht und mit zu der Konkurrenz beigetragen. Es sei für den Vorstand sehr schwer, bei dem jetzt üblichen Arbeitsverhältnis der Puzer einwandfrei festzustellen, ob die Betreffenden im Tagelohn oder Aftord arbeiten. Und solange keine allgemeine Regelung der Aftordfrage eintrete, solle man in einem Ort nicht verbieten, was in dem andern erlaubt sei, um so weniger, als gerade Potsdam fortwährend mit Berlin in Verbindung steht. Was dem einen recht sei, sei dem andern billig. Redner erfuhr daher die Versammlung, dem Antrage zuzustimmen, bis der nächste Verbandsstag zur Frage der Aftordarbeit endgültig eine Stellung genommen habe werde. Ein ausführlicher Weise antwortete dem Antragsteller der Kollege Silberschmidt-Berlin, indem er auf die Entstehung des Aftordsystems, besonders in den Großstädten, wie Berlin usw., einging und ihre Entwicklung schilderte. In Berlin sei die Bildung besonderer Aftordungskolonien hauptsächlich auf die hauptsächlichen Trotzverschriften zurückzuführen. Der Redner wies dann auf die un schönen Begleitercheinungen der Aftordarbeit hin und warnte die Kollegen vor den sich daraus entwidelnden Konsequenzen, die sich oft genug zum Schaden des Solidaritätsgefühls bemerkbar machen. Man solle die großstädtischen Verhältnisse, die auch et. verlasse, nicht auf die Provinz übertragen. Keineswegs aber habe der Verbandsstag die Regelung der Aftordfrage aus Rücksicht auf die Großstädte, wie Berlin zt., vertragt. Eine ganze Reihe anderer Städte, namentlich in Mittel- und Süddeutschland, haben ebenfalls noch mit der Aftordarbeit zu rechnen. Der Verbandsvorstand werde bis zum nächsten Verbandsstag das nötige Material sammeln, um eine bestimmte Unterlage für diese wichtige Frage zu beschaffen. Bis dahin müßten die Kollegen überall dafür sorgen, daß die schädlichen Wirkungen des Aftordsystems erkannt und die Notwendigkeit seiner Beendigung begriffen würde. Die Freigabe der Aftordarbeit würde sowohl für Potsdam wie auch allgemein einen Rücktritt bedeuten, nicht bloß in wirtschaftlicher Beziehung, sondern auch sozialpolitisch. Die jetzt unverlaugt bestehenden Verhältnisse würden sich bei Aufhebung des Beschlusses gegen die Aftordarbeit eher vermehren als vermindern. Der Verband sei stark genug, seinen Beschlüsse Achtung zu verschaffen. Wer sich der notwendigen Ordnung und Disziplin nicht fügen wolle, für den sei eben kein Platz im Verbande, und der Zweigverein müsse solche Mitglieder, die fortgefeiert keine Beschlüsse mitmachen, ausschließen. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages auf Aufhebung des Aftordverbots. Die Aftordarbeit ist also auch ferner in Potsdam verboten. In Konsequenz davon wurden zwei Kollegen aus dem Verbande ausgeschlossen. Nachdem noch vom Vorstand ein Circular der Berliner Sektion der Puzer, betreffend das Verbot der Aftordabmischung mit den Büttgrätern, bekannt gemacht und auf die Bestimmungen der Polizeiverordnung, betreffend Arbeiterfürsorge auf Bauten, hingewiesen worden war, erfolgte gegen 1 Uhr Schlus des gut besuchten und gut verlaufenen Versammlung. – Mög sich der Wunsch des Vorstandes, dem sich der Kollege Silberschmidt in warmen Worten anschloß, erfüllen, und der Zweigverein Potsdam sich nunmehr wieder in alter Einigkeit und neuer Kraft den großen Aufgaben des Verbandes widmen und wie bisher mithelfen, das Ziel der wirtschaftlichen Sicherung und politischen Freiheit der Arbeiterschaft zu erreichen.

**Groß Stettin.** Terroristus wird von den freien Gewerkschaften geübt, ließ man so oft in den Provinzblättern. Es ist aber hier so wie bei den Spießbüchern, der am laufenden rief: "Halten den Dieb". Die lautesten Schreie sind die ältesten Nebeltäter. Kaum hatte sich in Groß Stettin, einem kleinen pommerschen Städtchen mit 1864 Einwohnern, ein Zweigverein unserer Organisation gebildet, so fast auch schon der "Hauptmann" des Kriegervereins – seines Zeichens Mühlensbesitzer – unteren Kollegen eine Standpauke. Auf eine ehrliche pommersche Antwort hat er die Entschuldigung: "Die Börde hat es mir zugeschafft." Um die übrigen kümmert sich der Bürgermeister selbst. Ist da eine Witwe, deren Sohn infolge Reklamation vom Militärdienst befreit wurde. Dieser schloß sich – wie es für Maurer r'gt anders sein kann – unserer Organisation an. Er übernahm sogar den Vorstand. In ihrem Gewerbe ist die Frau von der Stadt abhängig. Sie wurde



Bei der Aufnahme von Mitgliedern aus anderen Organisationen gilt der Grundsatz, daß diese nur aufgenommen werden, wenn sie ihre Abmeldung aus der früheren Organisation vollzogen und ihre Beiträge bezahlt haben.

Diese Resolution wurde von Reichel, Sekretär des Metallarbeiterverbandes, wie folgt begründet: Wollte man alle ungelernetten Arbeiter in einen besonderen Verband zusammenfassen, so würde das bei der großen Zahl Ungelehrter, die heute überall tätig sind, ein katastrophaler Fehler sein, wir würden dadurch an der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gehindert, eine einheitliche Aktion wäre dann oft unmöglich, wir betrachten auch die ungelernetten als unsere Kollegen, wir wollen keine Arbeitersklavie, wie man sie in England zu haben wünscht. Wir haben in der Metallbranche Betriebe, wo 32 Organisationen in Frage kommen. Bei Lohnbewegungen diesen Apparats in Aktion zu setzen, ist fast unmöglich. Wir sind nahezu so weit, daß sich ein neuer Industrieverband gründet: der Fabrikarbeiterverband, der einfach alles aufnimmt, was irgendwie zu ihm paßt. Diese Agitationstechnik des Fabrikarbeiterverbandes ist uns in der Agitation und in der Durchsetzung unserer Forderungen sehr hinderlich. In einem Betriebe im Werkzeugbau, wo es sich nur um gelehrte Arbeiter handeln kann, hat der Transportarbeiterverband von 27 Arbeitern nicht weniger als 14 bei sich aufgenommen. Unsere Resolution ist geeignet, die Frage der Grenzstreitigkeiten endgültig zu regeln. Wenn sie auch in den Wirkungsbereich einzelner Gewerkschaften eingeht, so darf das doch kein Hindernis ihrer Annahme sein. Wir verlangen gewiß nicht, daß die Schmiede von heute auf morgen im Metallarbeiterverband aufgehen — wir wissen, daß, wer einmal in einer Sache verliebt ist, sich nicht so leicht von ihr trennt, und die Schmiede sind nun einmal in die Branchenorganisation verliebt. Über wir wünschen, daß der Gewerkschaftslongstreit prinzipiell dazu Stellung nimmt, daß die Arbeiter, die in großen Industrien bei der Herstellung eines Produktes organisch zusammenarbeiten, in einer Organisation vereinigt werden.

Das für und Wider entwidmete sich sehr lebhaft. Schumann, Vorsitzender des Handels- und Transportarbeiterverbandes, führte aus: Unser Verband hat mehr als mancher andere mit Grenzstreitigkeiten zu tun, weil verschiedene Verbände, nahezu sie haben, daß die zurückbleibenden Käufleute z. schließlich auch für die Organisation zu bekommen seien, diese für sich in Anspruch nehmen. Alle Aussprachen haben zu keiner Verständigung geführt, weil jeder auf seinem Schein bestand. So wollten die Brauer sogar die Selterfischer und die in Biermärkten oder umwechseln in Handelsgeschäften beschäftigten für sich im Anspruch nehmen. Das geht zu weit. Ich gebe zu, daß auch auf unserer Seite im Werkzeugbau endgültig worden ist, aber das liegt in der Natur der Sache. Es muß eben hier ein fester Punkt gesetzt werden, daß auch die Arbeiter der Verteilung und des Transports das Recht haben, sich in einer einheitlichen Organisation zusammen zu schließen. Es darf nicht so weiter gehen, daß die Bäder z. B. behaupten, die Käufleute seien ihre Käufleute. Hilft denn der Käufleute Brot haben? Nein, es ist ein Käufleute Arbeiter des Transportgewerbes, der zufällig Brot fährt.

Halal-Dresden (Metallarbeiter) erbrachte für den unlauteren Wettbewerb des Fabrikarbeiterverbandes folgenden Beweis: In der Eisen- und Gußstahlhütte Döhlen sind 108 Arbeiter beschäftigt und 1875 organisiert. Der Verband der Fabrikarbeiter hat es verstanden, mit Hilfe seiner niedrigeren Beiträge 507 von den dortigen Arbeitern zu organisieren. Der Metallarbeiterverband hat trotz der lebhaftesten Agitation nur 110 Mitglieder dort gewinnen können. Der Schmiedeverband hat auch nur ganz wenige Mitglieder dort. Da sind also nicht nur ungelernette Arbeiter in den Fabrikarbeiterverband übergegangen, sondern auch viele gelehrte Arbeiter. Von 73 organisierten Fabrikarbeitern sind 45 im Fabrikarbeiterverband organisiert, im Metallarbeiterverband dagegen nur 26.

Von anderer Seite wurde festgestellt, daß sich auch der Metallarbeiterverband Übergriffe erlaube, z. B. nehm er Dachdecker auf, und zwar aus dem Grunde, weil in dem Betriebe auch Klempner beschäftigt würden. In schärfster Weise sprachen sich die Vertreter der Schmiede und der Böttcher gegen die Resolution der Metallarbeiter aus.

Nach Schluß der Diskussion machte Böhmelburg als Vorsitzender des Kongresses folgenden Vorschlag: Ich nehm mich an, daß durch die Resolution an der Sache irgend etwas geändert wird. Ich glaube sogar, daß wenn die Meinungen auseinandergehen und die Resolution mit einer kleinen Mehrheit angenommen oder abgelehnt wird, der Streit erst recht da ist. Deshalb würde ich empfehlen, daß wir darüber abstimmen, ob die Resolution Buisse aufzugeben werden soll. Beide Seiten des Kongress die Aufsicht, dann ist es möglich, die Sache an die Vorstände und die Generalkommission zu übertragen; diese werden dann in der nächsten Sitzung ein Provisorium schaffen und den nächsten Kongreß muß dann eingehend mit der Frage beschäftigen. (Bewilligung.)

Entsprechend dem Vorschlag von Böhmelburg hebt der Kongreß mit großer Mehrheit die Resolution Buisse auf und beauftragt die Generalkommission in Verbindung mit den Zentralvorständen, bis zum nächsten Gewerkschaftslongtreit ein Provisorium zu schaffen. Bis zu dieser Entscheidung bleibt die Resolution Buisse in Kraft.

Nach einer weiteren Anregung Böhmelburgs wird beschlossen, daß die Frage der Grenzstreitigkeiten als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses gesetzt werden soll.

#### Generalversammlungen

hielten in den Monaten April und Mai in einer Reihe Verbände ab. Vom 23. bis 27. April tagte in Jen a die Generalversammlung des Verbandes der Glasarbeiter und Arbeitserinnerungen; es waren 68 Delegierte aus 48 Wahlabteilungen anwesend.

Der Bericht des Vorstandes teilt mit, daß die Glasindustrie in den letzten zwei Jahren im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges stand, die auch der Organisation der Glasarbeiter keine Prüfungen auferlegt. Die Ver-

tragserhöhung, die die vorige Generalversammlung in Dresden beschloß, brachte einen Mitgliederzuwachs im dritten Quartal 1903 (von 6144 auf 4558), der erst im vierten Quartal 1904 wieder auszugleichen werden konnte. Die Mitgliederzahl (nach voll bezahlten Beiträgen berechnet) betrug Ultimo 1904 6302; die wirkliche Mitgliederzahl ist auf 7562 und ihre Zunahme in der zweijährigen Geschäftsperiode auf 1178 zu schätzen.

Der Verband hat viel unter Schikanen der Obröhrten zu leiden, auch seitens einzelner Fabrikanten wird der Verband mit zum Teil recht unsauberen Mitteln belästigt. Der Kassenbericht vergleicht eine Gesamteinnahme für 1903 und 1904 von M 210 889,55 und eine Gesamtausgabe von M 148 485,14; das Verbandsvermögen beläuft sich auf M 25 720,27. Unter den Ausgabeposten sind erwähnenswert: für Arbeitslosenunterstützung M 37 474,45; für Bibliotheken M 1820,54; für außerordentliche und Umgangsunterstützung M 3005,12; für das Hochgut M 14 796,70; für Verwaltungskosten M 11 473,12; für Streitunterstützung im eigenen Betrieb M 56 714,02; für andere Gewerkschaften M 4500.

Streits fanden in den Jahren 1903/04 in Dresden und Berlin, fürth, Wolfrathshausen, Senftenberg und Berg, Ausperrungen in Holzminden und Fürth statt. Ein allgemeiner Streit in Fürth wurde durch die verständige Taktik der Fürther Kollegen vermieden und die Lohnreduktion zurückgezogen. Die Streits in Berlin und Dresden gingen verloren.

Die Glasarbeiter haben sehr unter der Sonntagsarbeit zu leiden; die Generalversammlung beschäftigte sich mit dieser Frage, man will durch Statistiken den Umfang der Sonntagsarbeit feststellen und durch lebhafte Propaganda die Reichsregierung zu gesetzgeberischen Maßnahmen veranlassen.

In bezug auf die Lohnbewegungen wurde dem Vorstand ein größeres Mitbestimmungsrecht eingeräumt. Auger der Statutenberatung, daß die Frage des Fachorganisations Anlaß zu längeren Debatten. Die Regelung dieses Punktes soll der nächsten Generalversammlung beibehalten bleiben. Das Gehalt des Vorsitzenden wurde auf M 2400, das des neu angestellten Käufers auf M 2000 bemessen. In nächster Zeit sollen zwei Gauleiter angestellt werden. Der Sitz des Verbandes bleibt in Berlin.

Um dieselbe Zeit tagte die größte Generalversammlung des Verbandes der Ledernerbeiter in Dresden, die von 23 Delegierten und den Vertretern des Vorstandes und Besuchern war. Der Verband zählte am Schluß des Jahres 1904 5473 Mitglieder. Der Verlust gibt an, daß noch circa 33 000 Berufsgenossen der Organisation fernstehen. Auch dieser Verband will die Errichtung der Gauleiter einführen; zunächst soll das für Hessen und Rheinland geschehen. Der Kassenbericht umfaßt vier Jahre. In dieser Zeit betrug die Gesamteinnahme M 333 489,52, die Ausgabe M 258 073,77. Das Vermögen des Verbandes beträgt M 80 415,75. Die Ausgaben verteilen sich zum größten Teile auf die verschiedenen Posten für Unterstützungen; für Streits und Gemahregelte wurden rund M 33 000 ausgegeben. Der Verband war an 83 Lohnbewegungen beteiligt, hiervon kam es bei 20 zu Streits, während sich die übrigen ohne Streit erlebten. Von den Streits wurden 14 gewonnen, 6 verloren.

Bemerkenswert ist insbesondere, daß an dieser Generalversammlung ein Vertreter des Schuhmacherverbandes teilnahm, mit dem über eine eventuelle Verschmelzung der beiden Verbände verhandelt wurde. Ein endgültiges Resultat wurde jedoch noch nicht erzielt. Die weiteren Verhandlungen der Generalversammlung beschäftigten sich mit dem Unterstützungsweisen. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Berlin, der Ausschuß in Hamburg.

Die Handels- und Transportarbeiter tagten vom 9. bis 14. Mai in Frankfurt a. Main. Es nahmen 64 Delegierte an der Tagung teil. Außerdem waren Vertreter anwesend von den Verbänden der Eisenbahnarbeiter, Seeleute, Hafenarbeiter, Lagerhalter, Handlungsgehilfen und der österreichischen Transportarbeiter. Der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine, der wohl besondere Interesse für die Verhandlungen hatte, mußte, hatte sich wegen Überbürdung mit anderen Geschäften entschuldigt.

Der gedruckt vorliegende Bericht des Vorstandes, der eine reiche Fülle wertvollen statistischen Materials enthält, konstatiert eine Periode eifriger und erfolgreicher Organisationsarbeit. Vor zwei Jahren zählte der Verband 20 912 Mitglieder, auf dieser Generalversammlung sind es 40 406; die Mitgliederzahl hat sich also nahezu verdoppelt. Die Gauorganisation hat sich vorzüglich bewährt. Als „unangenehmes Kapitel“ bezeichnet der Bericht die Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Zentralverband der Konsumvereine Deutschlands.

Der Verband war in der Berichtszeit an 186 Lohnbewegungen beteiligt, bei denen es in 79 Fällen zum Streit kam. Es sind in vielen Fällen vorstolze Verträge abgeschlossen worden. Die Lohnbewegungen erforderten eine Ausgabe von M 153 500. — Im übrigen weist der Kassenbericht eine Gesamteinnahme von M 661 802,68 und eine Ausgabe von M 668 983,80 auf. Das Vermögen betrug M 103 537,95. Die Generalversammlung bekräftigte sich ziemlich einhellig mit den Grenzstreitigkeiten, die sich bei der Natur des Berufs ja kaum so schnell beilegen lassen. Über die Taktik bei Lohnbewegungen verhandelte man in nächstflächiger Sitzung. Einen breiten Raum nahmen die Debatten über die Tarifverhandlungen mit den Konsum- und Produktions-Genossenschaften ein; diese Debatten zeigten oft schwere Vorwürfe gegen die Leitung der Genossenschaften. Die immer wieder auftauchenden Pläne auf Verschmelzung mit anderen Verbänden werden mit dem Hinweis erledigt, daß die Verhältnisse noch nicht so weit gediehen seien, um die Frage jetzt schon zu entscheiden.

Bei der Statutenberatung werden die Vorschläge des Vorstandes mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Danach werden die Beiträge nach Lohnklassen gestaffelt. Die verschiedenen Unterstüppungen e inrichtungen werden ergänzt. Neu geschaffen wird die Kranken- und Sterbeunterstützung. Diese Generalversammlung wird zweifellos gute Wirkungen für die Organisation haben.

Vom 17. bis 20. April tagte der Verband der Seelente in Hamburg. Dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Anzahl der eingeschriebenen Mitglieder von 7440 zu Anfang 1903 auf 7233 zu Anfang 1905 gesunken, die Anzahl der zahlenden Mitglieder im selben Zeitraum von 2621 auf 3211 gestiegen ist. Dieser ungeheure Unterschied zwischen eingeschriebenen und zahlenden Mitgliedern beruht auf den eigenartigen Arbeitsverhältnissen der Seelente, die öfters jahrelang vom Heimatfeste fernbleiben. Da in Deutschland etwa 32 000 organisierungsfähige Seelente vorhanden sind, beträgt die Zahl der zahlenden Mitglieder etwa 10 %.

Das Verbandsvermögen ist in der Hauptkasse von M 42 643 auf M 59 453, in den Mitgliedschaften von M 22 299 auf M 25 438 gestiegen.

Die Einnahmen der Mitgliedschaften beliefen sich 1903 auf M 37 203,23, 1904 auf M 47 239,85; die Ausgaben auf M 37 275,51 bezw. M 40 905,47; die Einnahmen der Hauptkasse 1903 auf M 24 684,78, 1904 auf M 26 273,72; die Ausgabe auf M 16 461,70 bezw. M 18 278,18.

Die Zahl der Mitgliedschaften stieg von 23 auf 24.

Der „Seemann“ erschien laufend in 5000 Auflage; der Seemannskalender in 8500 bezw. 4000 Exemplaren; beide erfordernen Zusatz zu der Hauptkasse.

Parteibewegungen erfolgten 1903 und 1904 in Flensburg, Stettin, Lübeck, ein Streit 1904 in Stettin, partielle Konflikte in Bremerhaven und Rostock. Sie verließen ausnahmslos günstig für die Beteiligten, denen sie zum Teil bedeutende Verbesserungen einbrachten.

Ein Antrag des Vorstandes, die Krankenunterstützung einzuführen, wird abgelehnt. Auch über den Verschmelzungsgesetzen wird verhandelt; die Generalversammlung erklärt jedoch in einer Resolution, daß einstweilen Kartellverträge genügen müssten. Sonst werden wesentliche Verbesserungen nicht vorgenommen. Der Vorstand wird wieder gewählt; der Sitz bleibt in Hamburg.

Die Schiffszimmerer hielten vom 14. bis 16. Mai ihre neunte Generalversammlung in Rathenow ab.

Anwesend waren 28 Delegierte, 8 Vertreter des Zentralvorstandes und 1 Vertreter der Kontrollkommission. Der Geschäftsbericht des Vorstandes liegt gedruckt vor. Die allgemeine Geschäftslage für die Jahre 1903/04 wird als eine schlechte bezeichnet. Die Ursache ist in der ungeheuren Überproduktion an Schiffsräumen zu suchen, viele Fahrzeuge werden im Auslande hergestellt. Streits wurden geführt in Breslau, Stettin, Caputh, Neusalz, Pöhl und Lehnin, die alle zu Gunsten der Arbeiter verließen. Der Erfolg äußert sich in einer Lohnerhöhung bis zu 3 % pro Stunde. In sieben Orten sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. Trotz der ungünstigen Konjunktur ist die Zahl der Mitglieder von 2057 auf 2468 gestiegen.

Die Kassenverhältnisse haben sich in der verflossenen Periode wesentlich verbessert; die Einnahmen betragen M 28 696,57, einstweilen eines Kassenbestandes von M 28 696,57, die Ausgaben belaufen sich auf M 28 641,40, der verbleibende Kassenbestand beträgt M 48 711,45.

Neben dem Vorstandsbereich nahm die Erörterung über die schon einmal abgelehnte Arbeitslosenunterstützung einen breiten Raum ein. Die Mitglieder sollen durch Urabstimmung darüber entscheiden, ob sie eingeführt werden soll oder nicht. In Punkt Weißerjahr will die Generalversammlung diese auf einen Sonntag verlegen. Bei Punkt Arbeitsschutz wird darüber gestritten, daß die bestehenden Schubvorschriften so wenig Nachdrang finden. Der am Herbst tagende Kongreß der am Schiffbau beteiligten Arbeiter, der zu dem Arbeiterschutz Stellung nehmen soll, wird durch drei Vertreter bestimmt; das Gehalt des Vorsitzenden wird von M 1800 auf M 2000 erhöht.

#### Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

##### Aus der Praxis der Arbeiterversicherungen.

Die Schwierigkeit, ärztliche Gutachten zur Wahlung der Rechte des Arbeiters gegenüber den Arbeitgeberrechten zu erlangen, führt zu unbalancierten Zuständen. Ein Arbeiter war invalide im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes geworden, wurde aber mit seinem Rentenantritt zurückgewiesen, weil er nicht genügend Marken gelebt hatte. Nachdem er sich einige Zeit erholt hatte, mache er wieder mit seiner Arbeit einen Verdienst und kam schließlich zu der Überzeugung, daß er jetzt arbeitsfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes sei, d. h. wieder die Fähigkeit erlangt habe, mindestens ½ seines früheren Verdienstes zu verdienen. Demgemäß wollte er auch wieder Invalidenmarken leben. Er verlangte daher von der Versicherungsanstalt seine Karte, die ihm einbehalten war. Um über den Nachweis der wiedererlangten Arbeitsfähigkeit zu erbringen, bat er seinen Arztarzt um ein Gutachten über seinen Zustand. Dies verzweigte der Arzt, der sich dabei auch als ein großer Arbeitertypus aufstellte, indem er dem Arbeiter den Rat gab, die Kosten für ein ärztliches Gutachten zu sparen, er soll sich nur auf ihn (den Arzt) berufen, dann werde die Versicherungsanstalt auf ihre Kosten die ärztliche Unterstüzung vornehmen lassen. Die Versicherungsanstalt dachte jedoch gar nicht daran; sie wies beiläufig das Gefühl auf Herausgabe der Invalidenakte mit der Begründung ab, daß der Arbeiter den Rat gab, die Kosten für ein ärztliches Gutachten nicht erbracht habe. Jetzt muß der Arbeiter gegen die Versicherungsanstalt mit einer Klage vorliegen.

Ein anderer Arbeiter hatte auf Grund des Gutachtens des Arztarztes die Invalidenrente verlangt. Nachdem er von dem Arzt eine vagt einer nochmaligen Unterstellung unterzogen war, wurde ihm die Karte, weil er wieder arbeitsfähig sei, überreicht. Er nahm nun Arbeit an, die Ausstellung eines Gutachtens zu bewegen.

Ein anderer Arbeiter hatte auf Grund des Gutachtens des Arztarztes die Invalidenrente verlangt. Nachdem er von dem Arzt eine vagt einer nochmaligen Unterstellung unterzogen war, wurde ihm die Karte, weil er wieder arbeitsfähig sei, überreicht. Er nahm nun Arbeit an,

